

**Stadt Bergisch Gladbach**

**Der Bürgermeister**

Datum

**23.11.2010**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Frauenbüro/Gleichstellungsstelle**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Dienstag, 07.09.2010**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:55 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 22.06.2010 - öffentlicher Teil**  
*0404/2010*
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5      **Mitteilungen des Bürgermeisters****
- 5.1    **Mitteilungen des Bürgermeisters****  
**hier: Veränderungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Tagesbetreuung für Kinder der Sekundarstufe I**  
*0451/2010*
- 5.2    **Frauenpolitische Informationen****  
*0446/2010*
- 6      **Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 - Bericht und Empfehlungen****  
*0454/2010*
- 7      **Regionale 2010 Stadt gestalten - Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet Stadtmitte und entsprechende Anpassung der Bauleitplanung****  
**- Stand und Ausblick Beteiligung der Akteure**  
**- Stand und Ausblick Rahmenplanung**  
**- Stand und Ausblick Anpassung der Bauleitplanung**  
*0407/2010*
- 8      **Situationsbericht 2009 des Frauenhauses Bergisch Gladbach****  
*0448/2010*
- 9      **Bergisch Gladbacher Mädchenmerker 2010/2011****  
*0447/2010*
- 10     **Jahresbericht der Seniorenbegegnungsstätten 2009****  
*0386/2010*
- 11     **Jahresbericht 2009 der Verbraucherberatung Bergisch Gladbach****  
*0395/2010*
- 12     **Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 2010****  
*0463/2010*
- 13     **Anträge der Fraktionen****
- 14     **Anfragen der Ausschussmitglieder****
- 14.1   **Mündliche Anfragen****
- 14.2   **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 22.06.2010 zum Diversitymanagement in der Verwaltung****  
*0403/2010*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 5. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung um die den Ausschussmitgliedern mit Schreiben vom 03.09.2010 zugestellte Vorlage 0463/2010 „Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 2010“ aus den im Schreiben genannten Gründen zu erweitern. Die Vorlage solle unter Verschiebung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte als TOP 12 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Herr Schmickler führt ergänzend zur Dringlichkeit aus, der über 1.000 Seiten starke Konzeptentwurf sei während der Urlaubszeit in den Sommerferien mit Fristsetzung zur Stellungnahme zum 09.09. bei der Verwaltung eingegangen. Er halte es für sinnvoll, in dieser Sitzung die Position der Stadtverwaltung zu einigen im Konzept dargestellten Entwicklungen aufzuzeigen, um damit den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit zu eigenen Hinweisen zu geben.

Die Ausschussmitglieder fassen daraufhin einstimmig folgenden Beschluss nach § 48 Absatz 1 Gemeindeordnung (GO) NRW und § 12 Absatz 3 Geschäftsordnung:

**Die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann vom 07.09.2010 wird um den Tagesordnungspunkt A 12 „Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 2010“ (Vorlage Nr. 0463/2010) erweitert.**

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 22.06.2010 - öffentlicher Teil

0404/2010

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

#### **4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

#### **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Schmickler lädt zur Zukunftsmesse zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2030 am 15.09.2010 von 16 bis 19 Uhr im Ratssaal Bensberg ein. Neben einer Ansprache des Bürgermeisters seien an verschiedenen „Themeninseln“ laufend Informations- und Gesprächsmöglichkeiten zum Stadtentwicklungskonzept gegeben. Den Planern und Planerinnen sei daran gelegen, Rückmeldungen zum aktuellen Planungsstand zu erhalten. Hierzu seien auch alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

##### **5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters** **hier: Veränderungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Tagesbetreuung für Kinder der Sekundarstufe I**

*0451/2010*

Herr Hastrich informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Inhalt der Vorlage in der Zwischenzeit überholt sei. Die Verwaltung befinde sich zurzeit noch im Abstimmungsgespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach und werde in den nächsten Tagen dem Interfraktionellen Arbeitskreis zur Thematik Offene Kinder- und Jugendarbeit einen neuen Vorschlag zuleiten. Die Zuständigkeit des ASSG liege in der Genderrelevanz, insbesondere der Fragestellung des Ausbaus der Tagesbetreuung für Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Hierzu werde auf der Basis des neuen Konzepts im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls ein neuer Vorschlag erarbeitet, der Gegenstand der Sitzung des JHA am 27.10.2010 sein werde.

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt führt Herr Hastrich aus, dass der Verwaltungsvorschlag für den Haushalt 2011 und für das Haushaltssicherungskonzept den aktuellen Stand der Beratungen berücksichtigen werde. Die Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen bzw. der korridorrelevanten Maßnahmen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit würden auch im Zuge der Beratungen in den Fachausschüssen weiter behandelt.

##### **5.2. Frauenpolitische Informationen**

*0446/2010*

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich für die Umsetzung der Anregung der CDU-Fraktion, zu den frauenpolitischen Informationen Bezüge zu Bergisch Gladbach herzustellen. Zum Thema Audit Beruf und Familie regt Herr Dr. Bernhauser die Würdigung der auf der Internetseite der gemeinnützigen Hertie-Stiftung verzeichneten Bergisch Gladbacher Betriebe und Kommunen an, die ein Zertifikat erhalten hätten. Frau Schneider bedankt sich darüber hinaus auch für die nicht im Bezug zu Bergisch Gladbach stehenden Informationen.

**6. Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 - Bericht und Empfehlungen**  
*0454/2010*

Die Vorsitzende merkt einleitend an, dass die CDU-Fraktion wegen des Umfangs der Informationen und der Kürze der Zeit vorschläge, die Vorlage als erste Lesung zu betrachten und die Beschlussfassungen in die kommende Sitzung zu verschieben.

Frau Dr. Werheit stellt die wesentlichen Aussagen der Wohnbaulandpotenzialanalyse anhand einer Powerpointpräsentation dar. Sie schickt voraus, dass der Arbeitskreis Stadtentwicklung an dem Prozess bis zur Potenzialanalyse intensiv eingebunden worden sei, es habe ein reger Austausch stattgefunden. Sie führt aus, die Flächenkapazitäten für den Wohnungsbau in Bergisch Gladbach lägen bei 430 Hektar. Auf 1030 Flächen sei die Unterbringung von fast 9.000 Wohneinheiten und fast 20.000 Einwohnern und Einwohnerinnen grundsätzlich denkbar. Erstaunlich sei, dass neben den durchgängigen Kapazitäten in allen Bergisch Gladbacher Wohnplätzen auch in den Randbereichen eine große Anzahl an Baulücken vorhanden sei.

Zur Bemessung des künftigen Baulandbedarfs seien die vorliegenden Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung von IT.NRW und InWIS herangezogen worden. Während IT.NRW bis 2025 noch von einer weitgehend stagnierenden Bevölkerungsentwicklung ausgehe, prognostiziere InWIS bis 2025 sogar einen Bevölkerungsrückgang von fast 6,5 %. Diese Unterschiede seien begründet in unterschiedlichen Annahmen insbesondere in der Wanderung. Im Hinblick auf das Erfordernis von Zuwanderungsgewinnen habe die Baulandpolitik in Bergisch Gladbach insbesondere eine große Bedeutung, was die Qualitäten angehe. Wegen der Unwägbarkeiten der differierenden Prognosen sei vorliegend der Baulandbedarf flexibel in Varianten hochgerechnet. Daraus ergebe sich Mindestbedarf von etwa 30 Hektar und einen Maximalbedarf von 85 Hektar, wobei letzterer theoretisch vollständig durch die in Bergisch Gladbach vorhandenen Baulücken von über 100 Hektar abgedeckt werden könne. Ungeachtet vorliegender Restriktionen stellten die Baulücken ein großes Potenzial dar, das insbesondere angesichts der Haushaltssituation beachtet werden müsse.

Im Rahmen des in der Septembersitzung des Ausschusses behandelten nachhaltigen Flächenmanagements seien als übergeordnete Leitziele die moderate Wohnbaulandentwicklung, Innen- vor Außenentwicklung, Anpassung der Wohngebiete an die künftigen Bedürfnisse und nachhaltige Auslastung der Infrastruktur genannt worden. Mit diesem Zielrahmen sei in der Potenzialanalyse gearbeitet worden. Die einzelnen Flächen seien einem Eignungstest nach verschiedenen Kriterien wie Lage zu den sozialen Infrastrukturen, Höhe des Erschließungsaufwands und ökologische Wertigkeit unterzogen worden. Die Bewertung der insgesamt 10 Indikatoren orientiere sich an rechtlichen oder fachlichen anerkannten Standards in vier Kategorien von optimal bis ungünstig. In der Gesamtwertung seien dann die Einzelwertungen der 10 Indikatoren zusammengeführt in wiederum vier Kategorien von „hervorragend geeignet“ bis „unzureichend geeignet“.

Neben den Baulücken mit fast 114 Hektar ergebe sich mit fast 80 Hektar ein großes Potenzial an grundsätzlich für eine Wohnbebauung geeigneten Flächen.

In einem zweiten analytischen Schritt sei eine Strukturanalyse durchgeführt worden, in der sich die einzelnen Stadtteile vor allem in der Dynamik in den 25 Wohnplätzen darstellen. Indikatoren seien u.a. gewesen die Veränderung verschiedener Altersklassen im Vergleich zur Gesamtstadt, Wanderungen, insbesondere differenziert nach Binnen- und Außenwanderungen, und Bauaktivitäten, Fertigstellungs- und Verkaufsraten, differenziert betrachtet in einer Dreijahres- und in einer Zehnjahressicht. Beispielsweise sei bei der räumlichen Darstellung des Wanderungsvolumens in den letzten 10 Jahren ein gewisses Ost-West-Gefälle wie auch ein Süd-Nord-Gefälle im Stadtgebiet zu erkennen, wobei sich der Ortsteil Hand mit einer sehr hohen Außen- und Binnenwanderungsrate darstelle. In der Dreijahressicht sei allerdings - wenn auch im Ergebnis immer noch positiv - in Hand schon ein deutlicher Rückgang zu erkennen, für das letzte

Jahr sogar schon wieder rückläufiger, so dass im Saldo eine negative Entwicklung in Hand erkennbar sei.

Die durch die Typisierung ermöglichte Differenzierung habe auch überraschende Erkenntnisse für Bergisch Gladbach eröffnet. Einwohnerzuwächse seien eigentlich durchweg nur dort zu verzeichnen, wo es auch Außenwanderungsgewinne gebe. Die Bauintensität hänge allerdings nicht zwingend mit der Bevölkerungsentwicklung zusammen, vielmehr sei in Bergisch Gladbach eine sehr deutliche Bestandsorientierung zu erkennen, auch was Zuzügler aus anderen Städten betreffe. Dies sei ein großes Potenzial. Weder die Einwohnerzuwächse noch die Bauaktivitäten oder die Immobilienverkäufe seien in Bergisch Gladbach abhängig von den Haushaltstypen, allerdings gebe es in der Regel bei der Ansiedlung von Familien auch positive Einwohnereffekte. Dies bedeute andererseits nicht zwingend, dass alternde Ortsteile schrumpfen. Zu den Entwicklungstypen mit einer geringen Dynamik zählten Romaney, Moitzfeld, Asselborn, Hebborn, Kippekausen, Herrenstrunden und Herkenrath. In diesen Bereichen gebe es eine sehr stark ausgeprägte rückläufige Einwohnerentwicklung. Vor allem in Romaney und Moitzfeld gebe es zwar einen starken Zuwachs an Senioren, alle anderen Altersklassen hingegen seien rückläufig. Es müsse davon ausgegangen werden, dass in Zukunft in diesen Bereichen kaum noch eine zusätzliche Nachfrage zu erwarten sei. Deshalb sei generell zu empfehlen, sich in diesen Entwicklungstypen eher auf eine Eigenentwicklung zu konzentrieren, d.h. Mobilisierung von Baulücken sowie die Qualifizierung des vorhandenen Wohnungsbestandes. Frau Dr. Werheit sieht die aktive Begleitung des Alterungsprozesses, z.B. durch mobile Nahversorgungsangebote als empfehlenswert an, um auch in diesem Bereich die Wohnqualität dauerhaft aufrecht zu erhalten. Dies gelte auch für Herrenstrunden und Herkenrath, die einerseits auch eine unterdurchschnittliche Einwohnerentwicklung aufwiesen, andererseits einen sehr starken Zuwachs an Seniorinnen und Senioren, gleichzeitig mit einer überdurchschnittlichen Binnenwanderung und geringen Außenwanderungsgewinnen.

Die Gruppe der Wohnplätze im Bereich der mittleren bis hohen Entwicklungsdynamik, berichtet Frau Dr. Werheit weiter, sei relativ groß und zum Teil recht heterogen. So sei im Entwicklungstyp 6, zu dem die Wohnplätze Refrath, Gronau, Frankenforst, Stadtmitte sowie Bockenbergr und Bensberg zählen, eine insgesamt durchschnittliche Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen mit einer leicht wachsenden Tendenz bei den Jugendlichen sowie eindeutig positiven bestandsorientierten Außenwanderungsgewinnen. Als generelle Empfehlung angesichts der zukünftig ansteigenden Nachfrage werde hier das Anstreben eines differenzierten Baulandangebotes unter Berücksichtigung der Infrastrukturauslastung gesehen.

Frau Dr. Werheit führt weiter aus, die nach der Typisierung größte und heterogenste Gruppe sei die mit einer tendenziell überdurchschnittlichen Einwohnerentwicklung. Hierzu zählten Lückerrath, Katterbach, Lustheide, Paffrath, Schildgen, Sand, Heidkamp, Alt-Refrath und Bärbroich. Die Altersstrukturen seien hier sehr heterogen mit Zuwächsen bei Kindern und Jugendlichen sowie bei den Hochbetagten. Die Binnenwanderung sei stärker ausgeprägt als die Außenwanderung, die Immobilienverkäufe lägen leicht über dem Durchschnitt. Mit einer starken bis sehr starken Baulandnachfrage sei voraussichtlich zu rechnen, vor allem begründet durch die starke Binnenwanderung. Ausnahmen bildeten Paffrath, Bärbroich und insbesondere Schildgen, die unterdurchschnittliche Indikatoren aufwiesen. Auch hier gelte als generelle Empfehlung eine nachfragegerechte Baulandentwicklung unter Berücksichtigung der Auslastung der Infrastrukturen sowie Bestandsqualifizierung.

Die Ortsteile Hand, Kaule und Nussbaum seien die Bereiche mit einer langfristig weit überdurchschnittlichen Entwicklung in Bergisch Gladbach, allerdings tendenziell stark rückläufig, der Wohnungsneubau habe über dem Bergisch Gladbacher Durchschnitt gelegen. Auch hier werde in den nächsten Jahren eine moderate Baulandausweisung empfohlen, weil die Nachfrage weiterhin bestehe. Wegen möglicher Probleme im Bereich der Infrastrukturen sei eine Baulückenmobilisierung sinnvoll sowie die Beobachtung von Alterungsprozessen.

Für die Priorisierung der Flächen, so erläutert Frau Dr. Werheit weiter, sei der flächenbezogene Eignungstest und die nach Wohnplätzen differenzierte Strukturanalyse Grundlage gewesen. Mit

dem Arbeitskreis Stadtentwicklung abgestimmte generelle Ziele für die Priorisierung seien die Realisierung Innenentwicklung vor Außenentwicklung im Verhältnis 3 zu 1, weitergehend auch die Mobilisierung des großen Baulückenpotenzials und des großen Potenzials an kleinen, überwiegend bereits erschlossenen Flächen in einem Entwicklungsverhältnis von 3 zu 1, außerdem die dauerhafte Auslastung der sozialen Infrastrukturen. Im Vorrangpool sei keine Entwicklung großflächiger Baugebiete vorgesehen, um Entwicklungssprünge und Sogwirkung auf andere Ortsteile zu vermeiden. Auch solle es keine Bebauung in Splittersiedlungen und im Außenbereich geben.

Der angelegte Flächenpool werde als flexibles Steuerungsinstrument angelegt. Er bestehe aus einem Vorrangpool an Flächen, die für Bergisch Gladbach bei einem mittleren Baulandbedarf auf jeden Fall entwickelt werden sollte und einem Reservepool, mit dem bei Bedarf flexibel reagiert werden könne. Den Vorrangpool bildeten die Baulücken (angerechnet 40 von 80 Hektar) und die kleinen Flächen bis zu einem halben Hektar (9,5 Hektar), deren Entwicklung keine maßgebliche Auswirkung auf die Infrastrukturen hätte. Für den ebenfalls zum Vorrangpool gehörenden Kernpool, d.h. für eine Wohnbebauung geeignete Flächen über einem halben Hektar, sehe eine Mobilisierungsstrategie eine infrastrukturorientierte, sukzessive Entwicklung bis 2025 vor. Der Reservepool umfasse die eiserne Reserve (angerechnet 11 von 22 Hektar) und die strategische Reserve (angerechnet 12,5 von 25 Hektar), auf die bei Mehrbedarf oder bei Nichtmobilisierung von Kernpool-Flächen zurückgegriffen werden könne.

Frau Dr. Werheit erläutert kurz weitere nicht im Flächenpool beinhaltete sonstige Flächen, die ohne Präjudizierung bei weiteren Flächenentwicklungen für andere Nutzungen im Blick gehalten werden könnten. Zudem bestehe für 19 Hektar bereits Baurecht und weitere 16 Hektar befänden sich derzeit im laufenden Verfahren.

Frau Dr. Werheit fasst zusammen, dem eingangs erwähnten Entwicklungskorridor zwischen 30 und 85 Hektar stünden die priorisierten Flächen und die Flächen des Kernpools mit insgesamt 70 Hektar sowie die Flächen des Reservepools mit insgesamt 23 Hektar gegenüber, was eine sehr gute Ausgangssituation bedeute.

Abschließend sei festzustellen, dass die Potenzialanalyse als in das Stadtentwicklungskonzept und die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes einzubeziehender Fachbeitrag zu sehen sei, vor allem, was die räumlichen Aussagen betreffe. Auch werde ein Abgleich mit dem Gewerbekonzept notwendig sein. Angesichts der brachliegenden Baulücken-Potenziale in Bergisch Gladbach sei es auch ökonomisch sinnvoll, eine mobile Baulandmobilisierung zu etablieren.

Ein Rauminformationssystem und Monitoring seien wichtige Steuerungsinstrumente für Bergisch Gladbach. Ein umfassenderes, fortschreibungsfähiges Monitoringsystem solle im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes konkretisiert werden.

Die Vorsitzende dankt Frau Dr. Werheit für die umfassende Information.

Auf Nachfrage von Frau Schundau führt Frau Dr. Werheit aus, das Ziel Innen- vor Außenentwicklung im Verhältnis 3:1 sei stark an den übergeordneten Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsziele orientiert. Es gebe entsprechende Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrates, der von der Bundesregierung unterstützt werde. In Bergisch Gladbach sei dieses Ziel angesichts des dargestellten Potenzials ein sehr realistisches.

Frau Schundau regt im Falle der Beschlussfassung jeweils eine Ergänzung zu Beschlussvorschlag 3 und 4 an, nämlich dass der Ausschuss zu 3) über den Tausch von Flächen innerhalb der Pools und zu 4) über die Korrektur von Entwicklungsperspektiven entscheiden solle.

Herr Dr. Fischer teilt mit, auf Seite 16 der Einladung, zweiter Absatz, zweite Zeile, sei das Wort „teilweise“ wie folgt einzufügen „... wird der Wertzuwachs durch Planungs- und Umlegungsverfahren bei Wohnbauflächen **teilweise** abgeschöpft.“. Vor dem Hintergrund der

sozialen Bodennutzung weist er auf eine in anderen Städten bereits umgesetzte Überlegung hin, nur von der Stadt angekaufte Flächen zu entwickeln und gewinnbringend zu verkaufen. Frau Dr. Werheit bestätigt, dass andere Kommunen mit dem Instrument des Zwischenerwerbs große Erfolge erzielt hätten, u.a. auch die Ziele einer sozialen Wohnbauentwicklung zu steuern, möglicherweise für bedürftige Familien oder Haushalte spezielle Angebote zu schaffen. Dies sei aber nicht zwingend ein in der Stadtentwicklung zu behandelndes und mit Blick auf die Haushaltssituation der Stadt möglicherweise eher problematisches Thema. Auf weitere Nachfrage von Herrn Dr. Fischer führt Frau Dr. Werheit aus, er weise natürlich zu Recht auf den Beschluss zur gleichzeitigen Gewerbeflächenplanung im Rahmen des nachhaltigen Flächenmanagements hin, dies gelte aber für das Verfahren für den Flächennutzungsplan. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes seien zunächst mal die Gewerbeflächen grundsätzlich aufzunehmen und in ihren Qualitäten zu bewerten, sowohl bestands- als auch bedarfsorientiert. Weil es sich bei den Gewerbeflächen eher um größere Flächen als die im Kernpool definierten handele, sehe sie hier zunächst keinen Konflikt. Flächen des Reservepools seien potentiell auch für andere Nutzungen denkbar. Bei der Abwägung im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans werde es, wie ausgeführt, möglicherweise zu der einen oder anderen Korrektur kommen. Die Grundlagen für ein Gewerbeflächenkonzept würden zurzeit aufgestellt. Die entsprechende Abwägungsgrundlage münde dann in den Prozess Stadtentwicklung und in die Flächennutzungsplanung ein. Frau Dr. Werheit resümiert, sie sehe die Potenzialanalyse als möglicherweise korrigierbare Empfehlung für die Wohnbaulandentwicklung. Herr Dr. Bernhauser begrüßt die umfassende Vorstellung der Analyse, die eine intensive Beschäftigung in den Fraktionen und Beratung der Ergebnisse verdiene, weshalb die CDU-Fraktion darum bitte, die Vorlage heute nicht als Entscheidungsvorlage, sondern als Beratungsvorlage im Sinne einer ersten Lesung zu betrachten. Frau Dr. Werheit berichtet auf Nachfrage von Herrn Dr. Bernhauser, dass es konkrete Absicht im Rahmen des Monitorings sei, die Zielaussagen und Grunddaten des Konzepts, zu denen Prognosezahlen zählten, in regelmäßigem Abstand zu überprüfen, damit gegebenenfalls die Gelegenheit gegeben sei, Ziele zu korrigieren oder Entwicklungen gegenzusteuern. Die Qualitätssteuerung und -verbesserung müsse potenzialbezogen in den einzelnen Stadtteilen weiter entwickelt werden und könne nicht Aufgabe der Wohnbaulandpotenzialanalyse sein. Frau Dr. Werheit führt weiter aus, das von Herrn Dr. Bernhauser angesprochene Thema der Außenwanderung werde als Element der Dynamik angesehen. Bergisch Gladbach sei für Außenwanderer auch deshalb sehr interessant, weil es hier attraktive Arbeitsplätze gebe, was eine Vielzahl an Zuwanderungen aus Köln begründe. Weil Bergisch Gladbach als Wirtschaftsstandort betrachtet werden könne, sei die Sorge, es könne sich eine Schlafstadt entwickeln, aus ihrer Sicht unbegründet. Auf Nachfrage der Vorsitzenden empfiehlt Frau Dr. Werheit, für den anstehenden Beschluss zur Wohnbaulandpotenzialanalyse nicht das Gewerbeflächenkonzept abzuwarten, die erforderlichen Daten des Gutachters seien erst Anfang des kommenden Jahres zu erwarten. Im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplanes solle dann eine Gesamtabwägung vorgenommen werden.

Frau Schmidt-Bolzmann regt an, die Nummerngruppen in den der Wohnbaulandpotenzialanalyse anhängenden Plänen so aufzuschlüsseln, dass die auf die jeweiligen Nummern entfallenden Straßen auf der Karte gut sichtbar zugeordnet werden können.

Herr Kamp dankt Frau Dr. Werheit für die hervorragende Analyse, die er als eine Grundbasis für die Entscheidung zum Flächennutzungsplan sehe. Er bittet darum, angesichts im Stadtgebiet bestehender Problemfelder, entsprechende Möglichkeiten für Bergisch Gladbacher Familien und einzelne Bürger und Bürgerinnen einfließen zu lassen.

Herr Waldschmidt sieht in der vorgestellten Analyse im Wesentlichen einen Fachbeitrag für die weitere Bearbeitung durch die Verwaltung, mit einer Entscheidung zumindest in dieser Sitzung sei nicht zu rechnen. Es regt an, den Tagesordnungspunkt abzuschließen und zu vertagen. Die Vorsitzende bestätigt diese Aussage als Konsens der Diskussion. Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wird der Tagesordnungspunkt in die kommende Sitzung vertagt.



7. **Regionale 2010 Stadt gestalten - Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet  
Stadtmitte und entsprechende Anpassung der Bauleitplanung**  
**- Stand und Ausblick Beteiligung der Akteure**  
**- Stand und Ausblick Rahmenplanung**  
**- Stand und Ausblick Anpassung der Bauleitplanung**

0407/2010

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Horst, Fachbereich 6, der den aktuellen Zwischenstand zur Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet sowie die entsprechende Anpassung der Bauleitplanung innerhalb des Sanierungsgebietes Stadtmitte anhand einer Bildschirmpräsentation darstellt (*Anlage für Ausschussmitglieder, die das Protokoll nicht über die Niederschrift der PLA-Sitzung am 09.09.2010 erhalten haben*).

**- Stand und Ausblick der Akteure**

Herr Horst weist auf die auf den Plätzen ausliegende Broschüre zur ersten Phase der Akteursbeteiligung hin (*Anlage für Ausschussmitglieder, die die Broschüre nicht in der Sitzung und nicht über die Niederschrift der PLA-Sitzung am 09.09.2010 erhalten haben*).

Die Broschüre dokumentiere einen sehr intensiven Beteiligungsprozess. Die zweite Phase der Akteursbeteiligung befinde sich noch im Abstimmungsprozess des Protokolls, das voraussichtlich der Niederschrift zu dieser Sitzung als Anlage beigefügt werden könne (*Anlage für Ausschussmitglieder, die das Protokoll nicht über die Niederschrift der PLA-Sitzung am 09.09.2010 erhalten haben*).

Herr Horst erläutert, Thema der ersten Akteursbeteiligung seien die beiden Wettbewerbe „West“ und „Ost“ gewesen. In der zweiten Phase sei es auch um darüber hinausgehende übergreifende und übergeordnete Themen der Innenstadtentwicklung gegangen. Unter dem Punkt „Wohnformen in der Stadtmitte“ des Protokolls zur zweiten Phase finde sich auch der Bezug auf den vorausgegangenen Vortrag von Frau Dr. Werheit.

Zu den meisten Themen im Rahmen der Beteiligung habe es nach einem Startforum mit unterschiedlichen Arbeitsgruppen einen intensiven Austausch und große Übereinstimmungen gegeben. Die Ergebnisse seien in einem gemeinsamen Abschlussforum zusammengefasst und abgestimmt worden und in den nachfolgend dargestellten Stand der Rahmenplanung bereits eingeflossen. Die Ergebnisse sowohl der Rahmenplanung als auch der Akteursbeteiligung sollten an einem dritten Projekttag der Regionale 2010 in Bergisch Gladbach öffentlich vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden.

**- Stand und Ausblick Rahmenplanung**

Nach der Akteurs- und Öffentlichkeitsbeteiligung werde ein neuer Leitplan erarbeitet, der in der Endfassung eine ausführlichere Gestalt annehme und um fachliche Teilpläne ergänzt werde. Der Leitplan werde Leitlinien für die Gestaltung sowohl des öffentlichen Raumes, aber auch für die Gestaltung der privaten Flächen und Gebäude enthalten.

Herr Horst stellt den aktuellen Planungsstand zum Teil mit unterschiedlichen, auch von der aktuellen Beschlusslage abweichenden Vorschlagsvarianten aus der Akteursbeteiligung vor, u.a. Bahnhofsvorplatz, Raum des Köttgengeländes, Wohngebiet Kalköfen Cox, Wohnen in der Stadtmitte, Geschäftsbereich der Hauptstraße und die Stadtkante Gohrsmühle, Offenlegung der Strunde, Teilbereich Marienberg, Bereich um den Forumpark, Verkehrsspanne Schnabelsmühle/Gohrsmühle, Bereich der Buchmühle, Bereich der Feuerwache, Quirlsberg.

**- Stand und Ausblick Anpassung der Bauleitplanung**

Aufgrund der für das Sanierungsgebiet vorliegenden Bebauungspläne aus unterschiedlichster Entstehungszeit sei es in der jetzigen Situation erforderlich, die Bauleitplanung für diesen Bereich anzupassen. Es bestehe erheblicher Überarbeitungsbedarf. Das gelte auch für den

Flächennutzungsplan. Es gebe auch Bereiche, in den Baubauungspläne neu auszustellen seien. Es sei beabsichtigt, sowohl die Rahmenplanung als auch die entsprechenden Aufstellungsbeschlüsse in den kommenden Ausschusssitzungen des Stadtentwicklungsausschusses und des Planungsausschusses einzubringen. Die heutige Präsentation habe der Vorinformation gedient.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Horst.

Herr Waldschmidt merkt kritisch an, der vorgestellte Planungsstand entspreche zum Teil nicht dem im Rahmen des Konsolidierungskonzepts beschlossenen Vorgehen. Darüber hinaus gehende Planungen weiter zu verfolgen, gehe angesichts der Haushaltssituation und vorrangiger Erfordernisse wie beispielsweise der Schulsanierung an der Realität vorbei. Er weist insbesondere auf den Beschluss des Rates hin, im Bereich der alten Feuerwache einen Kreisverkehr einzurichten. Herr Schmickler erläutert, es handle sich vorliegend um die Dokumentation eines von der Politik beschlossenen Beteiligungsprozesses. In dieser Dokumentation seien daher alle Vorschläge erhalten, unabhängig von ihren Realisierungschancen. Ob Vorschläge realisiert werden könnten, hänge von den Rahmenbedingungen und vom politischen Willen ab.

Es sei aus seiner Sicht zudem wichtig, in der langfristigen Planung den Raum für solche Vorschläge offenzuhalten, die vielleicht irgendwann einmal verwirklicht werden könnten, um Entscheidungsspielräume auch für die nachfolgende Generation sichern zu können.

Was die Problematik der Schulen betreffe, sei dort seit vielen Jahren der absolute Schwerpunkt gesetzt. Dies zeige sich durch die nahezu ausschließliche Verwendung der Konjunkturpaketsmittel in diesem Bereich.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich für eine langfristige Planung aus, damit durch kurzfristigen Aktionismus nicht spätere Optionen in der Stadtentwicklung verbaut würden, die Schwerpunktsetzung müsse aber auch bei den drängenden Herausforderungen der Gegenwart liegen. Herr Schmickler bittet um Akzeptanz dafür, dass es erforderlich und sinnvoll sei, planerisch auf mittlere und zum Teil auf lange Sicht über den Rahmen des heute finanziell Möglichen hinauszuschauen, und bittet dieses wichtige Ziel auch entsprechend zu transportieren.

Auf Nachfrage von Frau Schundau und Herrn Dr. Fischer berichtet Herr Schmickler, der Kreisverkehr an der Odenthaler Straße gehöre zu den Dingen, die mangels finanzieller Mittel nicht mit der ersten Priorität bearbeitet werden könnten. Die Empfehlung des Beirats mit seiner sehr hohen fachlichen Kompetenz, auf den Kreisverkehr zu verzichten, sei überdenkenswert. Die der Verwaltung vorliegenden Verkehrsgutachten zeigten im Ergebnis, dass eine Kreisverkehrssituation die verkehrlichen Probleme nicht wirklich löse.

Frau Müller-Veit berichtet auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer, dass nun nach Zusage der Landesförderung das Regionaleprojekt wieder angelaufen sei. Nach Aufarbeitung der Ergebnisse der Rahmenplanung zum Ende des Jahres sei ein Projekttag unter Beteiligung der Öffentlichkeit Anfang des kommenden Jahres vorgesehen, um – auch auf Wunsch der Akteure – Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Planungen einzuholen. Aus Rücksichtnahme auf die Bürgerschaft und den Handel solle der Projekttag bewusst nicht in die Weihnachtszeit gelegt werden.

Herr Bierganns weist für seine Fraktion auf die dringende Notwendigkeit von Schulsanierungen und auf weitere Erfordernisse im sozialen Bereich hin, für die die Gelder besser angelegt seien.

## **8. Situationsbericht 2009 des Frauenhauses Bergisch Gladbach** *0448/2010*

Frau Holtzmann begrüßt Frau Gehlen als Mitarbeiterin des Frauenhauses Bergisch Gladbach.

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Frau Gehlen, aus Platzmangel in Bergisch Gladbach abgewiesenen Frauen werde möglichst dadurch weitergeholfen, ihnen teilweise im Internet ausgewiesene freie Plätze in passenden anderen Frauenhäusern zu benennen. Wegen der oft schnellen Wiederbelegung könnten den Frauen aber letztendlich nur mehrere Telefonnummern zwecks eigener Nachfrage an die Hand gegeben werden. Auf 50 Frauenhäuser gebe es bundesweit etwa 50.000 Frauen mit zusammen etwa 100.000 Kindern, die einen Platz benötigten.

Auf Nachfrage von Herrn Kamp berichtet Frau Gehlen, dass die Schutz suchenden Frauen in der Regel verheiratet seien. Darüber hinaus suchten auch immer wieder von Zwangsheirat bedrohte Frauen Schutz in der Einrichtung.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer berichtet Frau Gehlen, in den allermeisten Fällen sei es für zum Teil massiv bedrohte Frauen aus Bergisch Gladbach und den umliegenden Kommunen nicht ratsam, das Frauenhaus in Bergisch Gladbach anzusteuern, weil z.B. Schul- und Kindergartenbesuche der Kinder und Einkäufe das Verlassen des Schutzraums des Frauenhauses erforderten, wodurch sich die Frauen permanent bedroht fühlten. Deshalb werde versucht, diese Frauen an entfernter gelegene Frauenhäuser weiterzuvermitteln.

Auf Nachfrage von Frau Schneider zur personellen Situation erläutert Frau Gehlen, es gebe drei vom Land - allerdings nicht vollständig - geförderte Stellen, zusätzlich noch eine weitere halbe Stelle, verteilt auf drei Sozialarbeiterinnen und eine Erzieherin. Dies sei wenig angesichts der umfangreichen und vielfältigen Zusatzaufgaben wie Ersatzbeschaffung von Kleidung und Schulsachen, Beantragung neuer behördlicher Dokumente neben dem großen Verwaltungsaufwand des im Endeffekt selbst organisierten Frauenhauses. So sei auch im letzten halben Jahr ein gut organisierter Umbau des Frauenhauses mit einem Volumen von 310.000 € gestemmt worden. Das Ergebnis sei ein Haus, in dem erstmals Einzelzimmer für Frauen mit Kindern angeboten werden könnten. Neben der regulären Arbeit sei auch die Öffentlichkeitsarbeit nicht unerheblich. Es fehle jedenfalls eine zusätzliche Stelle, mit deren Hilfe Frauen bei der Wohnungssuche, -renovierung und -einrichtung ebenso unterstützt werden könnten. Auch eine Nachbetreuung sei notwendig.

Weiter berichtet Frau Gehlen auf Nachfrage von Herrn Dr. Bernhauser, dass in den vergangenen 15 Jahren konstant nur etwa 1/3 der Frauen aufgenommen werden konnte und 2/3 wegen Platzmangels abgewiesen werden mussten. Der 37 %ige Anteil ausländischer Frauen erkläre sich dadurch, dass eine deutsche Frau in einer Konfliktsituation dank eines oft vorhandenen sozialen Netzes und meistens auch finanzieller Mittel ganz andere Möglichkeiten habe, auf eine Gewaltsituation zu reagieren.

Frau Holtzmann bedankt sich abschließend bei Frau Gehlen für ihr Kommen.

## **9. Bergisch Gladbacher Mädchenmerker 2010/2011** *0447/2010*

Frau Fahner weist auf wenige Restexemplare des Mädchenmerkers hin, die zur Mitnahme für die Ausschussmitglieder bereitliegen.

Frau Kreft begrüßt im Namen der SPD-Fraktion das erneute Erscheinen des Mädchenmerkers und regt an, die Adressen unter dem Punkt „Beratung und Unterstützung für Mädchen bei anderen Konflikten“ um konkrete angebotene Themenbereiche zu ergänzen sowie möglichst alle Adressen mit Internetadressen zu versehen. Auch eine nach Themen geordnete Mailadressenliste sei eine Überlegung wert.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer führt Frau Fahner aus, dass unter anderem wegen der Zweckbindung der Landesmittel für die Zielgruppe der Mädchen und das Ziel, ihnen frauenuntypische Berufe aufzuzeigen, die Erstellung eines Jungenmerkers nicht ohne weiteres

möglich sei. Es sei auch nur in der inhaltlichen und finanziellen Zusammenarbeit mit 16 weiteren Kommunen und Kreisen überhaupt möglich, den Mädchenmerker zu veröffentlichen. Auch Frau Schneider würde das Erscheinen eines Jungenmerkers begrüßen, sieht aber mit Blick auf fehlende Mittel hierfür keine Möglichkeit.

**10. Jahresbericht der Seniorenbegegnungsstätten 2009**  
*0386/2010*

Herr Dr. Bernhauser regt an, in einer nächsten Erhebung die Alterskohorten in der Statistik zu verfeinern, um so ein noch aussagekräftigeres Bild über die Struktur zu erhalten.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs schlägt Herr Hastrich vor, die von den Seniorenbegegnungsstätten erstellten Einzelberichte, deren Zusammenfassung in der Vorlage zu lesen sei, per CD den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Zudem werde es zum Ende des Zielvereinbarungszeitraumes Ende 2012 auch zu einer umfänglicheren Darstellung kommen, um auf der Basis der bisherigen Erfahrungen Anregungen für die Fortschreibung geben zu können. Die konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtungen sei Bestandteil der Leistungsvereinbarung, die sich an den Vorgaben der beschlossenen Zielvereinbarung orientiere. Es seien bewusst auch Akzente für unterschiedliche Angebote in den Quartieren gesetzt worden. Es gebe erfreulicherweise fünf völlig verschiedene Konstellationen von Seniorenbegegnungsstätten. Insofern seien die Zahlen auch nicht ohne weiteres vergleichbar.

**11. Jahresbericht 2009 der Verbraucherberatung Bergisch Gladbach**  
*0395/2010*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**12. Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 2010**  
*0463/2010*

Herr Schmickler berichtet, dass sich bei der Prüfung des über 1.000 Seiten umfassenden Konzeptentwurfs neben Anregungen auch kritische Punkte ergeben hätten. Dies seien insbesondere die Sonderstandorte, große Flächen außerhalb der Zentren, auf denen pro forma nicht zentrenschädliche Handelsbetriebe untergebracht seien. Durch die erlaubten Neben- und Randsortimente, die zum Teil bis zu 2.500 qm umfassen dürften, sei jedoch von einer Zentrenschädlichkeit auszugehen. Dies sei besonders kritisch im Bereich der großen Möbelhändler. Gerade in dem von Bergisch Gladbach aus gut erreichbaren Bezirk Porz gebe es eine sehr starke Konzentration dieser Betriebe. In ähnlicher Weise kritisch zu sehen sei auch der große Sonderstandort Kalk, wo ein Musikstore bereits in der Entstehung sei, sowie der Standort Flughafen, wo die Verkaufsflächen ein rasantes Wachstum nähmen, was für die Bergisch Gladbacher Zentren, speziell für den Textilhandel, eine gefährliche Entwicklung sei. Die entsprechende Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Konzeptentwurf der Stadt Köln werde auch vom Einzelhandelsverband geteilt. Die ISG wolle sich darüber hinaus noch intensiver mit dem Konzeptentwurf beschäftigen. In Zukunft werde eine frühzeitigere Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach zu allen kritischen Projekten erwartet. Darüber hinaus sei es wichtig, das Konzept, das in

vielen Punkten sehr vernünftige Aussagen mache, mit den entsprechenden Sicherungsinstrumenten umzusetzen, vor allem durch Konkretisierung der Bauleitplanung.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

### **13. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

### **14. Anfragen der Ausschussmitglieder**

#### **14.1. Mündliche Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

#### **14.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 22.06.2010 zum Diversitymanagement in der Verwaltung 0403/2010**

Auf Nachfrage von Herrn Bierganns weist die Vorsitzende darauf hin, dass die Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 22.06. mit Schreiben des Bürgermeisters vom 03.08.2010 beantwortet worden sei. Die Kopien dieser Schreiben seien der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt. Die Vorsitzende fasst den Inhalt des Antwortschreibens kurz zusammen.

Herr Schmickler führt aufgrund eines Hinweises von Herrn Waldschmidt aus, dass das Instrument der Anfrage in den letzten Monaten speziell von einer Fraktion dazu genutzt werde, der Verwaltung Fragenkataloge vorzulegen, die den Rahmen einer Anfrage nach der Rechtsauffassung der Verwaltung weitaus sprengen. Es handele sich um Arbeitsaufträge, für deren Recherche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über Wochen eingesetzt werden müssten. Ungeachtet dessen könne natürlich der Rat einen entsprechenden Arbeitsauftrag an die Verwaltung beschließen.

Herr Dr. Fischer merkt an, er unterstütze ausdrücklich die Stellungnahme der Verwaltung.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.